

# Udo Piasezky

Vorstandsvorsitzender des DRSB Deutscher Rentenschutzbund e.V.

DRSB e.V. Rudolf – Lensing – Ring 75 40670 Meerbusch

Einschreiben mit Rückschein

Herrn

**Dr. Guido Westerwelle**

c/o **FDP – Bundesgeschäftsstelle**

Thomas – Dehler – Haus

**Reinhardtstrasse 14**

**D – 10117 Berlin**

Meerbusch, den 18. August 2005

>Altersvorsorge - Privatrente - das Top-Thema<

>Mein Schreiben vom 15. August 2005 – desweiteren Schriftwechsel ab 22. August 2002<

>hier: **Schwerpunktthema Alterseinkünftegesetz**<

Sehr geehrter Herr Dr. Westerwelle,

im Nachgang zu meinem Schreiben vom 15. August 2005 möchte ich zum Schwerpunktthema **Alterseinkünftegesetz** folgendes ergänzen:

Eine Altersvorsorge, auf Basis einer rein fiskalischen Regelung, muss integraler Bestandteil des bestehenden Steuersystems sein.

Durch die Flut der unorthodoxen Steueränderungsgesetze der letzten Jahre, gern auch als Steuerreform bezeichnet, ist ein System im deutschen Steuerrecht nicht mehr zu erkennen.

Das deutsche Steuerrecht steht zunehmend auf tönernen Füßen. Die offenen Verfahren vor den obersten Gerichten in Deutschland sprechen hier Bände.

Für eine funktionierende Volkswirtschaft ist Planungssicherheit für unternehmerische Entscheidungen eine Grundvoraussetzung. Sowohl bei den Privat- als auch bei den Unternehmenshaushalten führen die Planungsunsicherheiten zur Aussetzung und / oder Zurückhaltung von ansonsten ausgeführten sinnvollen Investitionen.

Zieht man hier nur als Beispiel die Bauwirtschaft heran, so ist die Verunsicherung der Bürger durch die immerwährende Diskussion zum gewerblichen Grundstückshandel, Fortfall der Eigenheimzulage sowie der Veränderung der Spekulationsfrist stark zu spüren.

Die explosionsartige Zunahme für Anfragen auf verbindliche Auskunft bei der Finanzverwaltung steht hier im kausalen Zusammenhang.

**Die rot/grüne Regierung hat es bis heute noch nicht einmal für nötig befunden, die Lafontaine'schen Fallstricke aus dem Steuerrecht wieder zu eliminieren.**

Es bleibt daher nur zu hoffen, dass dem deutschen Ozeanriesen **>MS Reformschiff<** immer eine handbreit Wasser unter dem Kiel verbleibt und nicht aufläuft.

# Udo Piasezky

Vorstandsvorsitzender des DRSB Deutscher Rentenschutzbund e.V.

## Einschreiben mit Rückschein

Herrn

**Dr. Guido Westerwelle**

c/o **FDP – Bundesgeschäftsstelle**

Thomas – Dehler – Haus

Reinhardtstrasse 14

**D – 10117 Berlin**

Meerbusch, den 18. August 2005

- 2 -

Nur durch eine Ursachenbehebung kann unser Land wieder nach vorne kommen; immer nur über die Wirkungen zu hadern und auf bessere Zeiten zu hoffen, reicht nicht aus.

### >Thema: Alterseinkünftegesetz<

#### **Mit Ablauf des Kalenderjahres 2005 erlangt das Alterseinkünftegesetz auch materielle Rechtskraft.**

Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 06. März 2002 wurde der Gesetzgeber aufgefordert, bis zum 01. Januar 2005 eine Neuregelung der Versteuerung der Alterseinkünfte herbeizuführen.

Dieser Aufforderung hoffen und / oder glauben die Politiker nunmehr mit dem Alterseinkünftegesetz verfassungskonform nachgekommen zu sein.

Die Anforderungen werden durch das Alterseinkünftegesetz jedoch umfänglich, von der jahrzehntelangen Übergangsregel mal abgesehen, nur **auf der Einnahmenseite** erfüllt.

Wie wird jedoch zukünftig zum Beispiel über folgende Problemfelder **auf der Ausgabenseite** der neuen Regelungen entschieden?

1. **Unterschiedliche Behandlung der Aufwendungen bei Renten- und Pensionsbezügen**
2. **Abschaffung der steuerlichen Förderung langjährig bestehender Lebensversicherungsverträge**
3. **Einseitige Begrenzung der Aufwendungen für Altersvorsorge bei den Renteneinkünften**

Zur Vermeidung von Wiederholungen verweise ich auf meine Ausführungen in meinem Schreiben vom 15. August 2005.

In der Finanzverwaltung und bei den steuerberatenden Berufen erinnert man sich äußerst ungern an das Desaster um die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Angemessenheit von Kinderfreibeträgen.

Wie viel Millionen Steuerbescheide müssen dann zukünftig eventuell noch einmal bekannt gegeben werden, wenn die aufgeführten Punkte mal wirklich auf den Prüfstand gestellt werden und nur einer dieser Punkte diese Prüfung nicht besteht?

Welche Reserven müssen in den Bundeshaushalt eingestellt werden, wenn nur einer der oben genannten Problemfelder des Alterseinkünftegesetzes einmal floppt?

Noch ist Zeit, das von der rot/grünen Regierung zu Wasser gelassene **>MS Reformschiff<** auf den richtigen Kurs zu bringen.

- 3 -

# Udo Piasezky

Vorstandsvorsitzender des DRSB Deutscher Rentenschutzbund e.V.

Einschreiben mit Rückschein

Herrn

Dr. Guido Westerwelle  
c/o FDP – Bundesgeschäftsstelle  
Thomas – Dehler – Haus  
Reinhardtstrasse 14  
D – 10117 Berlin  
Meerbusch, den 18. August 2005

- 3 -

**Erfahrenen Kapitänen der Hochsee ist bekannt, dass nach Einlegen des Rückwärtsganges ein Ozeanriese noch meilenweit unbeirrt geradeaus weiterfährt.**

Der Weg zu einer sinnvollen Altersvorsorge für alle Bürger in Deutschland muss in Ruhe und Bedacht durch behutsame Kurskorrekturen erfolgen; hektisches und panisches Herummanövrieren sind für das Top-Thema

**>Sinnvolle und lernfähige Gestaltung der privaten Altersvorsorge<**

tunlichst ungeeignet.

Mit dem von mir überreichten DRSB-Reformprogramm

**>9 Punkte Rentenprogramm des DRSB e.V.<**

wäre der Einstieg in eine notwendige harmonische Kurskorrektur sinnvoll möglich.

Sehr geehrter Herr Dr. Westerwelle

**>Mehr FDP – Mehr Mut<**

bedeutet aber sicherlich auch

**>Mehr Mut für schwierige Sachthemen<.**

In Erwartung Ihrer sehr geschätzten Rückantwort verbleibe ich

mit freundlichen und besten Grüßen aus Meerbusch  
Ihr

Udo Piasezky